

„Beglotzt wie ein wildes Tier hinter Gittern“

Herzog Bernhard III. zog sich nach seiner Abdankung mehr und mehr ins Private zurück, insbesondere nach dem frühen Tod seiner Frau. Heute der 2. und letzte Teil zur Meininger Novemberrevolution.

Von Andrea Jakob

Der abgedankte Herzog Bernhard und seine Frau Charlotte blieben nach ihrer Flucht in der Nacht des 10. Novembers 1918 nicht lange in Bad Liebenstein. Offenbar schon kurz darauf kehrte das Paar nach Meiningen zurück. Denn Bernhards offizielle Abdankungsurkunde datiert auf den 12. November 1918 in Meiningen und Charlottes Brief mit dem Bericht über die traumatischen Erlebnisse des 10. Novembers gibt acht Tage später auch Meiningen als Absendeort an.

Bei dem herzoglichen Paar wirkten die Erlebnisse dieses Novembertages noch lange nach: Das signalisieren unter anderem auch Sätze im Brief der Herzogin, den sie am 18. November 1918 an ihre und ihres Mannes Vertraute, Margot Geyer, richtete: „Am Sonnabend vor 8 Tagen war die Erregung auf der Höhe. Gegen 7 (Uhr) Abends großer stiller Umzug, 40 Männer kamen ins Haus, hielten theils gute theils freche Reden u. zwangen meinen Mann einen Zettel zum Verzicht zu unterschreiben, zogen damit dankend ab. Sofort rissen freche Buben unsere Fahne herunter u. hissten einen rothen Lappen, der vor 2 Tagen vom Soldatenrath wieder entfernt wurde.“

Kundgebungen in mehreren Städten

In anderen Städten des Herzogtums fanden ebenfalls Kundgebungen statt, meist am 11. November. Häufig traten SPD-Mitglieder und Landtagsabgeordnete als Hauptredner auf, so wie Arthur Hofmann in Saalfeld, Heinrich Knauer in Sonneberg und Heinrich Eckardt in Salzungen und Meiningen. Unter anderem bildeten sich in Pöbneck und Hildburghausen ebenfalls Arbeiter- und Soldatenräte. Die Behörden verpflichteten sich in Meiningen wie auch anderswo, den neuen Machtverhältnissen Rechnung zu tragen. Alle Beamte wurden mit wenigen Ausnahmen vom neuen Diensttheren übernommen.

Auch in den Folgetagen und -wochen sind immer wieder Meldungen und Aufrufe des Meininger Arbeiter- und Soldatenrates in den Zeitungen zu finden. Dessen wichtigster Text wurde am Montag, dem 11. November, veröffentlicht. Er beginnt mit den an die Bürger Meiningens gerichteten Sätzen: „Eine neue Zeit ist jetzt hereingebrochen. Die militärische und politische Gewalt in Meiningen



SPD-Abgeordnete des Landtages von Sachsen-Meiningen 1917. Vorn links sitzend Arthur Hofmann (Saalfeld) und Heinrich Eckart (Salzungen), in der Mitte in Matrosenuniform Heinrich Knauer (Sonneberg).
Foto: Meininger Museen

sind seit gestern in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates. Aufgabe desselben ist in erster Linie für Ruhe und Ordnung in der Stadt und Umgebung, sowie die Ernährung für die Bevölkerung mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. ...“ Von der Bevölkerung wurde erwartet, dass sie allen Anordnungen Folge leistet. Im Unterschied zu den russischen Sowjets, nach dessen Vorbild die Arbeiter- und Soldatenräte gegründet worden sind, betonten die Meininger, dass die Geschäfte „samt und sonders“ von ihren bisherigen Eigentümern weitergeführt werden sollen. Außerdem wünschten sie sich, dass der Ausbau der neuen Verhältnisse weiterhin so ruhig und friedlich verlaufen möge. Ferner erwähnten sie, dass alle Personen, die sich keine Ehrenstrafen zugezogen hatten, aus der Haft entlassen würden. Das heißt, dass alle Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert worden waren, freigelassen wurden.

In Literatur und Archivalien sind weitere Namen zu finden, die Mitglieder des Meininger Arbeiter- und Soldatenrates gewesen waren, aber nicht in der offiziellen Namensliste aufgeführt sind. Louis Rennert, SPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Meiningen und Thüringen, zum Beispiel war noch bis Anfang 1919 Soldat. Ähnliches ist auch von Karl Korsch bekannt, der in Meiningen aufgewachsen war, zeitweise der KPD angehörte, 1923 für wenige Wochen als Justizminister von Thüringen wirkte und heute neben Georg Lukács und Ernst Bloch als einer der bedeutendsten Erneuerer der marxistischen Philosophie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gilt.

Andererseits gelang es bisher nicht, weitere Mitglieder des Soldatenrates zu identifizieren. Sie gehörten der Meininger Garnison an oder sie waren, wie es aus Saalfeld bekannt ist, Insassen eines der hiesigen Lazarette. Demzufolge dürften sie nach der Demobilisierung schnellstmöglich in ihre Heimatorte zurückgekehrt und dafür durch andere Heimkehrer ersetzt worden sein.

Das von Bernhard am Tag seiner Thronentsagung unterschriebene Schriftstück hatte

folgenden Wortlaut: „Bei dem heute stattgefundenen Vortrage des Arbeiter- und Soldatenrates lege ich die Regierungsgeschäfte des Herzogtums Sachsen-Meiningen nieder. Diese Absagung bescheinige ich mit meiner Unterschrift und dem zu dieser Stunde noch bestehenden Herzoglichen Siegel.“ Der Herzog fügte noch hinzu: „Gott segne das Land Meiningen“ und unterzeichnete mit seinem Namen. Das von Hand beschriebene Blatt schloss mit der Ortsangabe und dem Datum: „Meiningen, den 10. November 1918, 6 Uhr abends.“

Dieser Wortlaut war am Abend des 10. Novembers vorgelesen und vom *Meininger Tageblatt* und dem *Werraboten* in den Ausgaben vom 11. November exakt wiedergegeben worden. Dieser an jenem Abend unterzeichnete Zettel ist heute verschollen, eine Ablichtung davon wurde zehn Jahre später im Saalfelder Volksblatt, einer der ältesten SPD-Zeitungen Thüringens, veröffentlicht. Erst im Zusammenhang der Vorbereitung der Ausstellung zur Fürstenabdankung, die gegenwärtig in Saalfeld zu sehen ist, wurde bekannt, dass in den Beständen des Stadtmuseums Saalfeld ein Digitalisat von eben diesem Abdankungszettel respektive dieser Abdankungsurkunde existiert – mit unbekannter Herkunft.

Eine nochmalige, konkretere und mit Schreibmaschine geschriebene Verzichtserklärung Bernhards von Sachsen-Meiningen erfolgte zwei Tage später am 12. November. Sie wird heute gemeinsam mit den Urkunden von Prinz Ernst im Meininger Staatsarchiv aufbewahrt.

Am 12. November stand im *Meininger Tageblatt*, dass Prinz Ernst vom Meininger Landtag, der bereits von Eduard Fritze für denselben Tag einberufen worden war, eine Aussage erwarte, ob er ebenfalls abdanken solle. Jedenfalls ist seine Abdankungserklärung auf den Tag der ersten Zusammenkunft des Landtages datiert, mit Schreibmaschine geschrieben und ein Original. Der zweite Abdankungsbeleg bzw. offizielle Urkunde von Bernhard ist ein Durchschlag des im Wortlaut identischen Textes des Prinzen.

Umbruch und Kontinuität

Durch die Abdankung des Staatsoberhauptes bzw. den Thronverzicht konnten weder Landtage einberufen noch Gesetze verabschiedet werden. Damit war auch die noch von Herzog Georg II. eingesetzte Staatsregierung praktisch aufgehoben. Es drohte ein gefährliches Machtvakuum. In dieser

Situation entschloss sich Landtagspräsident Eduard Fritze, etwas zu tun, wozu er eigentlich nicht befugt war: Er berief den Landtag auf eigene Verantwortung für den 12. November 1918 ein. Da 18 von 24 Mitgliedern erschienen, war das Gremium beschlussfähig. Fritze eröffnete die Sitzung mit den pathetischen Worten: „Wenn je eine Volksvertretung vor ernsten Entschlüssen stand, so sind wir es jetzt. Wenn es je galt, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, so ist jetzt der Augenblick gekommen.“ Dieser Einschätzung folgten die Abgeordneten.

Noch am selben Tag ernannte das Parlament eine neue Staatsregierung. Sie bestand aus erfahrenen Beamten des ehemaligen Herzogtums, den beamteten Staatsräten Ludwig von Türck(e), Karl Marr und Dr. Ottomar Benz. Aus den Reihen der Abgeordneten wurden die SPD-Mitglieder Arthur Hofmann, Karl Knauer und Heinrich Eckardt sowie der DDP-Vertreter Adalbert Enders gewählt.

Der Landtag gibt sich selbst die Macht

Drei Tage später legte die neue Regierung das „Gesetz über die Gesetzgebung und Verwaltung“ vor, das als Erneuerung des Grundgesetzes von 1824 verstanden werden kann und die Durchsetzung demokratisch-republikanischer Staatsstrukturen ermöglichte. Das Gesetzgebungsmonopol lag nunmehr in den Händen des Landtages und nicht mehr beim Staatsoberhaupt. Bis zum Ende seiner letzten Sitzungsperiode am 30. Dezember 1918 beschloss der 17. Landtag weitere wichtige Gesetze, darunter das Landtags-Wahlgesetz, das erstmals freie, allgemeine,

geheime und direkte Wahlen auf der Grundlage des Verhältniswahlrechtes festschrieb. Von gleicher Wichtigkeit war das am gleichen Tag verabschiedete Gesetz über das Domänenvermögen, mit dem ein Schlussstrich unter die jahrzehntelang schwelende Auseinandersetzung zwischen Parlament und Herzogshaus gezogen wurde. 1917 betrug der Reinerlös aus den Domänen stolze 5,5 Millionen Mark. Nunmehr gingen Waldungen, Güter und Industrieanlagen in das Eigentum des Staates über. Der Herzog wurde vergleichsweise großzügig abgefunden. Mit seinem zapackenden, pragmatischen Handeln über Parteigrenzen hinweg hatte der alte „herzogliche“ Landtag dafür gesorgt, dass das Land ohne gewaltsame Auseinandersetzungen in republikanische Strukturen überführt werden konnte.

Die erste demokratische Wahl

Die erste demokratische Wahl zum neuen Landtag fand im März 1919 statt. Zum ersten Mal waren auch Frauen wahlberechtigt. Das neue Wahlrecht sorgte für ein politisches Erdbeben bei der Sitzverteilung. Mit 13 Mandaten errang die SPD die absolute Mehrheit in dem aus 24 Abgeordneten bestehenden Parlament. Der Meininger Bauernverein errang fünf, die Deutsche Demokratische Partei drei, die USPD zwei Sitze und die Deutschnationale Volkspartei einen Sitz. Einen direkten Niederschlag bei der Regierungsbildung fand das Wahlergebnis allerdings nicht. Die Landtagsmitglieder der SPD, welche nun die Mehrheit besaßen, akzeptierten die bisherige Regierung unter dem Staatsminister Lud-

wig von Türck(e). Sie hatte sich offensichtlich bewährt und setzte sich aus zwei Parteilos, zwei DDP-Mitgliedern und zwei SPD-Angehörigen zusammen. Dieser letzte Landtag des Freistaates Sachsen-Meiningen existierte noch eigenständig bis 1920 und gehörte bis 1923 als Gebietsvertretung dem Thüringer Landtag an.

Nach der Abdankung führte das herzogliche Paar ein zurückgezogenes Leben in Meiningen und auf Schloss Altenstein. Die angeschlagene Gesundheit beider veranlasste sie häufig, Sanatorien aufzusuchen.

Bernhard selbst betrachtete seine Zeit als Regent später distanziert. Er war mit Charlotte einer Meinung, das in Schlesien, wo Bernhard als kommandierender General des VI. Armeekorps von 1896 bis 1903 in Breslau stationiert gewesen war, der Höhepunkt ihres gemeinsamen Lebens zu suchen sei und nicht in seiner Zeit als Regent von Sachsen-Meiningen. Darüber äußerte er sich in einem Brief an Margot Geyer 1919: „Nach meiner Tätigkeit als Kommandierender General und nach der Stellung, die wir in Schlesien hatten, konnte mir die Regierung eines Duodezstaäthchens keine Genugthuung mehr bieten. Dazu kam, daß ich vier Wochen vor dem Kriege an die Regierung kam und daß damals nicht ich, sondern das stellvertretende Generalkommando in Kassel regierte. Mir waren die Hände gebunden und alle die Absichten, die ich bei mir herumtrug, konnte ich, der Kriegszeit wegen, nicht verwirklichen. Dann zerbrach die wahnwitzige Revolution alles.“

Weitere Gründe für Bernhards verhältnismäßige Passivität werden sicher zum einen in seinem fortgeschrittenen Alter und zum anderen auch in der immer noch starken Präsenz seines verstorbenen Vaters zu suchen sein.

Das Zusammenleben mit seiner oft als schwierig, unzugänglich und unberechenbar beschriebenen Frau mag ihn ebenfalls gezeichnet haben. Auch ist sicherlich der Umstand mit in Betracht zu ziehen, dass er im Alter von vier Jahren seine Mutter verloren hatte und hauptsächlich bei seinen Großeltern und Georgs zweiter Frau Feodora aufgewachsen war.

Charlotte starb nicht einmal ein Jahr nach der Novemberrevolution im Alter von nur 59 Jahren. Ihr früher Tod war nicht nur ihrer schweren Porphyrie-Erkrankung geschuldet, sondern ist auch in direktem Zusammenhang mit der Fürstenabdankung zu sehen. Charlotte war Zeit ihres Lebens eine Enkelin, später Tochter und Schwester der am höchsten stehenden Personen im Deutschen Reich gewesen. Sie wurde 1860 als älteste Tochter Friedrich Wilhelms, des späteren 99-Tage-Kaisers, und Victoria, einer Prinzessin von Großbritannien und Irland, geboren. Somit war sie auch eine Schwester des letzten deutschen Kaisers und eine Enkelin der berühmten Queen Victoria von Großbritannien.

Im Bewusstsein ihrer besonderen Hochwohlgeborenheit hatte sie Bernhard den Heiratsantrag gemacht, und nicht er ihr, wie es üblich gewesen wäre. Auch bei Zeitgenossen hieß es: „Sie war durchdrungen vom Bewusstsein ihrer kaiserlich-königlichen Abstammung ...“ Der Umstand der Fürstenabdankung muss für sie, auch wenn man zuvor hin und wieder in privaten Kreisen darüber spekuliert haben mochte, als etwas Ungeheuerliches und Undenkbare erschienen sein.

Nach dem frühen Tod von Charlotte zog sich Bernhard noch mehr zurück. Er entdeckte im weitläufigen Park von Altenstein seine Liebe zur Natur wieder und ließ die Grablage für seine Frau und sich dort anlegen. In seinen letzten Lebensjahren mochte er sich kaum noch in der Öffentlichkeit zeigen, obwohl deren Interesse an Fürstlichkeiten nach wie vor groß war. Bernhard bemerkte dazu: „Erst schaffen sie die Monarchie ab, und nun wird unsreiner beglötzt wie ein wildes Tier hinter Gittern!“



Die Aufnahme zeigt Charlotte von Sachsen-Meiningen 1919 am Schloss Altenstein, zwei Monate vor ihrem Tod.



Eine Kundgebung vor dem Saalfelder Rathaus am 11. November 1918. Die Stadt gehörte zum Herzogtum Sachsen-Meiningen.
Foto: Stadtmuseum Saalfeld